

# Rumänien in (welchem?) Europa heute

*Anneli Ute Gabanyi*

Veröffentlicht in: Anton Sterbling (Hg.), Migrationsprozesse. Probleme von Abwanderungsregionen, Identitätsfragen, Hamburg 2006, S. 89-110.

Von William Safire, dem bekannten Leitartikler des International Herald Tribune, stammt nicht nur der Begriff, sondern auch eine genaue Beschreibung dessen, was in Zeiten des geopolitischen Umbruchs nach 1989 unter „geosemantischem Wandel“ zu verstehen ist. Gegen Ende des Jahres 1994, erzählt Safire in einer amüsanten Glosse,<sup>1</sup> habe Richard Holbrooke, damals stellvertretender US-Außenminister für Europäische und Kanadische Angelegenheiten, ihn bei einem Treffen beiseite genommen, um ihn über die neueste Sprachregelung des Weißen Hauses zu informieren. Die Journalisten, so Holbrooke, sollten die Staaten Osteuropas von nun an nicht mehr als „Staaten Osteuropas“, sondern als „Staaten Mitteleuropas“ bezeichnen, da diese sich selbst so bezeichneten. In der Auslandsredaktion seiner Zeitung sei daraufhin eine Diskussion darüber entbrannt, welche „neuen Begriffe für die europäische Geographie“ denn nun verwendet werden sollten. Man habe sich dazu entschlossen, Craig Whitney, den diplomatischen Korrespondenten der Zeitung in Paris, zu fragen, ob es nicht angezeigt sei, auf Begriffe wie „osteuropäische Staaten“ zu verzichten, wenn eigentlich „mitteleuropäische Staaten“ gemeint seien: „Ich weiß“, so hieß es in dem Schreiben an Whitney, „dies ist eine semantische Unterscheidung mit allerhand politischen Implikationen: Würde beispielsweise Polen, wenn es Teil Mitteleuropas ist, nicht eher in die NATO aufgenommen werden, als wenn es in Osteuropa wäre?“ Craig Whitney, der Pariser Korrespondent, war bereits mit der westeuropäischen Sprachregelung bestens vertraut. Seine Antwort:

„...Für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei ist die Sache klar: Sie galten immer als mitteleuropäisch und sehen sich selbst so. Rumänien und Bulgarien – das ist eine andere Geschichte. Hinsichtlich des Balkans: Die meisten Leute diesseits des Atlantiks bezeichnen diese Staaten als Südwest-

---

<sup>1</sup> William Safire, East was East but what is Central?, in: International Herald Tribune, 13.03.1995.

Balkan oder den Balkan. Osteuropa, das ist geschichtlich gesehen eigentlich die Ukraine, Belarus und Westrußland. Das Baltikum paßt in dieses Szenario als ‚Baltikum‘, denn es ist nicht osteuropäischer als Schweden oder Finnland. Tschüs, Whitney.“<sup>2</sup>

Die beiden Journalisten hatten es früh erfaßt: Es ging darum, ein begriffliches Gerüst für den von Politikern längst konzipierten Ausbau der euro-atlantischen Architektur zu entwerfen. Dem frühesten Politikentwurf zufolge sollten EU und NATO um die drei als „mitteleuropäisch“ positiv hervorgehobenen Staaten Polen, Tschechoslowakei (später nur noch die Tschechische Republik) und Ungarn erweitert werden, während für Rumänien und Bulgarien offenbar keine Integrationsperspektive vorgesehen war – von den Staaten des so genannten Südwest-Balkans ganz zu schweigen.

## **Europa als geopolitischer Raum**

Diese Art der Geosemantik ist keine Erfindung unserer Zeit. Der Weg von der Geosemantik zur Geopolitik war schon immer mit mehr oder weniger guten historischen Argumenten gepflastert. Räume sind bekanntlich keine „geographisch neutralen Größen“ und wurden schon immer durch „sogenannte ‚mental maps‘ nach Interessensphären“ abgegrenzt.<sup>3</sup> Die Benennung von Räumen und Regionen war nicht zu allen Zeiten und in allen Kulturen gleich. Raumkonstruktionen und -definitionen werden entweder innerhalb des betreffenden Raumes entworfen oder von außen in den Raum hineingetragen. Sie sind nur scheinbar objektiv determiniert und wissenschaftlich begründet, tatsächlich aber politisch zielgerichtet. Zuordnungen oder Selbstzuordnungen zu bestimmten Räumen sind politische Entscheidungen mit oft weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und strategischen Konsequenzen.

Bereits 1963 hatte Franz Ronneberger auf die sich selbsterfüllende Dynamik geopolitischer Zuschreibungen verwiesen. Er hatte die Frage aufgeworfen, inwieweit wir es im Falle der sogenannten „objektiven Grundgegebenheiten einer Region mit Wechselwirkungen zwischen sogenannten Fakten und ihrer Bewertung

---

<sup>2</sup> „... for Poland, Hungary, the Czech Republic and Slovakia the situation is clear: They always were considered Central Europe and consider themselves that now. Romania and Bulgaria are another story. As for the Balkans: Most people this side of the Atlantic refer to them as Southwest Europe, or the Balkans. Historically, Eastern Europe is actually Ukraine, Belarus and Western Russia. The Baltics fit into this scenario as ‚the Baltics‘, since they are no more Eastern European than Sweden and Finland are. Cheers, Whitney.“

<sup>3</sup> Klaus R. Pfetsch, *Internationale Politik*, Stuttgart-Berlin-Köln 1994, S. 163.

durch die einander ablösenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassungen zu tun haben und inwieweit durch die Dynamik und den Wechsel der Ideologien und Formen neue Fakten geschaffen werden?“<sup>4</sup>

Nach der geopolitischen Wende von 1989 wurden diese geosemantischen Definitionen und Zuordnungen hochaktuell. Für die ehemals kommunistischen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts bedeutete die Integration in die entstehenden „*new geographies* und *new international networks*“<sup>5</sup> in Europa eine Frage des wirtschaftlichen und politischen Überlebens. Nicht allen diesen Staaten wurden jedoch seitens der Mitglieder von NATO und EU die gleichen Integrationschancen in die europäischen und euro-atlantischen Institutionen eingeräumt. Die faktischen Unterschiede in der Politik der westlichen Staaten, die zur Entstehung neuer Trennlinien und zur Bildung von Gruppen mit größeren und minderen Integrationschancen geführt haben, wurden mit der Zugehörigkeit der neuen Transformationsstaaten zu unterschiedlichen geopolitischen Regionen innerhalb Europas begründet.

## Die Grenzen Europas?

„Europas Grenzen sind imaginär und müssen in jeder geschichtlichen Situation neu gezogen werden“, sagte der in Paris lebende exiltschechische Schriftsteller Milan Kundera, einer der Vordenker der Mitteleuropa-Debatte um die Mitte der 1980er Jahre.<sup>6</sup>

Im Zuge der Neubestimmung des europäischen und euro-atlantischen Integrationsraumes stellte – und stellt sich aufs neue – die Frage nach den Grenzen Europas. Rein geographisch sind die Außengrenzen des europäischen Kontinents leicht zu definieren – bis auf die östliche Grenze zu Asien. Schon auf einer Landkarte, die von Beatus von Liébana im achten Jahrhundert zu einem Apokalypsenkommentar gezeichnet wurde und die in einer Fassung aus dem 11. Jahrhundert überliefert ist, erkennt man nördlich der Donaumündung die Inschrift *Dacia*. Der Raum westlich davon wird als *Capud Europae – Anfang Europas* bezeichnet, der

---

<sup>4</sup> Franz Ronneberger, Wandlungen im Verständnis Südosteuropas, in: ders. Die politischen Systeme Südosteuropas, München-Wien 1963, Südosteuropa-Studien, Heft 33.

<sup>5</sup> Jan G. Lambooy, Geopolitics and Spacial Economic Networks, in: Grzegorz Gorzelak; Bohdan Jalowiecki, The Identity of Central Europe, L'identité de l'Europe centrale, Warschau 1997, S. 110.

<sup>6</sup> Paul Jandl, Westöstlicher Elan. Das Wiener Institut für die Wissenschaft vom Menschen, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.7.2002.

Raum östlich der Donaumündung ist mit der Legende *Hic fines Asiae – Hier endet Asien* versehen.<sup>7</sup>

Zu nachhaltigen Veränderungen der inneren Trennlinien Europas kam es zu meist im Gefolge radikaler Umbrüche des Machtgefüges auf dem Kontinent: wenn Großreiche oder Staaten zerfielen, neue Mächte aufstiegen oder wenn sich neue zwischenstaatliche Allianzen herausbildeten. Das war nach dem Wiener Kongreß von 1814/1815 und nach dem Berliner Kongreß von 1878 ebenso der Fall wie nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Zerfall des Ostblocks stellte sich im Zuge der sicherheitspolitischen Neuorientierung im westlichen Bündnissystem die Frage nach den Grenzen und Trennlinien Europas neu. *Balkan, Südosteuropa, Osteuropa, Mitteleuropa* wurden zu Begriffen, die angesichts des geopolitischen Umbruchs nicht nur die Redakteure großer Tageszeitungen wie des *International Herald Tribune* beschäftigen.

Von all diesen Begriffen ist der *Balkanbegriff* der einzige, der sich geographisch ziemlich genau bestimmen läßt.<sup>8</sup> Dennoch ist der Terminus keineswegs wertneutral. Bis zum heutigen Tag symbolisiert „der Balkan“ das erklärte Gegenteil westeuropäischer Werte und Lebensformen, auch wenn die sogenannte Balkanisierung der Region nicht nur der langandauernden türkischen Herrschaft, sondern auch der darauffolgenden Teilung und Unterwerfung durch rivalisierende (auch westliche) Großmächte zuzuschreiben ist: „Oh Balkanhalbinsel, Qual der Ideologen, Falle der Diplomaten, Fegefeuer des Westens, Quelle der Katastrophen, unser Asien Europas.“<sup>9</sup>

Der *Südosteuropa-Begriff* hatte sich anfangs im deutschen Sprachgebrauch seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als „wertneutraler, unpolitischer und nichtideologischer Terminus“ gegenüber der vorwiegend pejorativen Bezeichnung „Balkanhalbinsel“ durchgesetzt.<sup>10</sup> Es zeigte sich jedoch bald, daß der geo-

---

<sup>7</sup> A.-D. v. den Brincken, Ost- und Südosteuropa in der abendländischen Kartographie des Spätmittelalters, in: *Revue d'Études Sud-Est Européennes*, XIII, 2, S.254.

<sup>8</sup> Abgeleitet von der türkischen Bezeichnung für das Balkangebirge (griechisch Haemos, bulgarisch Stara Planina), bezeichnet er die östlichste der drei südlichen Halbinseln des europäischen Kontinents neben der iberischen und der italischen Halbinsel. Ihre – für unsere Betrachtung einzige relevante – Nordgrenze bilden Donau und Save.

<sup>9</sup> „O Péninsule Balkanique, tourment des idéologues, traquenard des diplomates, purgatoire de l'Occident, réservoir de catastrophes, notre Asie d'Europe“, in: George Duhamel, *Géographie cordiale de l'Europe*, Paris 1951, S. 158.

<sup>10</sup> Mathias Bernath, Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 20 (1973), S. 135-144. Siehe auch: Fritz Valjavec, Die Eigenart Südosteuropas in Geschichte und Kultur, in: *Südosteuropa-Handbuch I* (1957), S. 53-62; Klaus Zernack, Die vier großen Regionen der osteuropäischen Geschichte. 2. Südosteuropa, in: ders., *Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte*, München 1977, S. 41-

graphisch viel weniger präzise Südosteuropa-Begriff<sup>11</sup> zu einem politisch definierten Terminus wurde, der geeignet war, Machtinteressen zu projizieren und Einflußsphären abzugrenzen. Das wurde deutlich, als nach dem Ausgang des Ersten Weltkrieges die zunehmend expansiv geführte deutsche auswärtige Politik auch nach dem Südosten Europas ausgriff.<sup>12</sup> Gemäß der Konzeption, wie sie beispielsweise dem 1930 gegründeten Münchner Südost-Institut zugrunde lag, gehörten sieben Staaten zu Südosteuropa: Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Albanien und die Türkei. Manche Autoren zählten die gesamte Türkei zu Südosteuropa, andere rechneten nur ihren europäischen Teil dazu. Unterschiedlich wurde auch die Zugehörigkeit der Slowakei zu Südosteuropa bewertet.<sup>13</sup> Als geopolitische Kategorie im Sinne einer Abgrenzung von Einflußsphären tauchte der Südosteuropa-Begriff im Geheimprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 auf. Darin erklärte die deutsche Seite ihr „völliges politisches Désinteressement“ am Südosten Europas. Ihr wirtschaftliches Interesse an der Region hatte die Reichsregierung nur in Gesprächen mit der sowjetischen Seite zum Ausdruck gebracht.<sup>14</sup>

Weit mehr noch als der Südosteuropa-Begriff entzieht sich der *Mitteleuropa-Begriff* einer geographischen Bestimmung. Mitteleuropa war schon immer das, was George Schöpflin eine „perceived location“, eine Sache der jeweiligen Selbst- und Fremdwahrnehmung, nannte.<sup>15</sup> Über die Grenzen Mitteleuropas schrieb H. Hassinger bereits 1917:

---

51 und 95-98; Klaus-Detlev Grothusen, Südosteuropa und Südosteuropa-Forschung. Zur Lage der Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Lemberg; Peter Nitsche; Erwin Oberländer, Osteuropa in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Günther Stökl zum 60. Geburtstag, Köln-Wien 1977, S. 408-426; Emanuel Turczynski, Geschichte Osteuropas. Bilanz einer Dekade (1969-1979), in: Osteuropa 30 (1980), S. 725-743.

<sup>11</sup> 1861 sprach der österreichische Konsul Johann Heinrich von Hahn erstmals von der Südost-Halbinsel, 1893 prägte der Geograph Theobald Fischer den Begriff der „Südosteuropäischen Halbinsel“.

<sup>12</sup> Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik. Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945. Baden-Baden, 1999, S. 261-262.

<sup>13</sup> Siehe hierzu die Habilitationsschrift von Hermann Gross, Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft, Beihefte zur Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, Leipzig 1937, S. 1-17.

<sup>14</sup> Siehe dazu: Jens Hacker, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939-1980, Baden-Baden 1983, S. 8-30.

<sup>15</sup> Der Krakauer Historiker Antoni Podraza beantwortete die Frage nach der genauen Lage Mitteleuropas anekdotisch-umschreibend folgendermaßen: „Einmal unternahm eine Gruppe von Franzosen eine Reise von Paris nach Moskau. Gleichzeitig trat eine Gruppe von Russen die Reise nach Westen an und ihr Ziel sollte Paris sein. Zufälligerweise gelangten beide Gruppen nicht an ihr Ziel und stiegen in Warschau aus. Die Franzosen waren überzeugt,

„Schwankend bleiben die Umrisse Mitteleuropas, denn bald vereinigen sie nur die Staatsgebiete des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, bald auch jene einiger oder aller Balkanstaaten, der Schweiz, Niederlande, Belgiens, Dänemarks, Polens und der russischen Ostseeprovinzen in allen möglichen Kombinationen, bald werden sogar Skandinavien und Italien einbegriffen.“<sup>16</sup>

Die politischen Akteure, die sich im Laufe der Zeit des Mitteleuropa-Begriffs bedienten, waren ebenso unterschiedlich wie ihre politischen Zielsetzungen.<sup>17</sup> Das von Metternich geprägte großdeutsche Mitteleuropa-Konzept zielte auf die Bildung einer Föderation auf dynastischer Grundlage in Europa ab. Der Erste Weltkrieg begrub dann aber die Pläne einer wirtschaftlichen Integration Deutschlands mit Österreich-Ungarn, wie sie Friedrich Naumann in seinem 1915 veröffentlichten Buch *Mitteleuropa* dargelegt hatte. In den 1930er Jahren kam der Mitteleuropa-Begriff als Bezeichnung für eine großdeutsche Einflußsphäre wieder in Gebrauch. Die Art und Weise, wie die politische Kategorie Mitteleuropa in der Zwischenkriegszeit definiert wurde, zeigt deutliche Parallelen zur Verbindung von machtpolitischen Zielsetzungen und pseudo-kulturellen Rechtfertigungstheorien in der aktuellen Mitteleuropa-Diskussion. Neben – und nicht selten im Gegensatz zur deutschen Mitteleuropa-Konzeption – standen in der Zwischenkriegszeit nicht-deutsche Mitteleuropa-Projekte wie diejenigen Take Ionescus, T.G. Masaryks, Eduard Beneš‘, Oscar Jászis, László Némeths, István Bibós und Roman Domowskis.<sup>18</sup>

---

daß sie in Moskau sind, die Russen meinten dagegen, in Paris angekommen zu sein /.../ das ist eben Mitteleuropa.“ Antoni Podraza, Ist Mitteleuropa eine historische Region? In: Jerzy Wyrozumski (Hg.), *Régions, Régionalismes et Conscience Régionale face à l’Intégration Européenne*, Krakau 1993, S. 7.

<sup>16</sup> Hassinger, H., Das geographische Wesen Mitteleuropas nebst einigen grundsätzlichen Bemerkungen über die geographischen Naturgebiete Europas und ihre Begrenzung, in: *Mitteilungen der geographischen Gesellschaft Wien*, Bd. 60 (1917). Zitiert nach: Gross, Hermann, *Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft*, Beihefte zur Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, Leipzig 1937, S. 1-17.

<sup>17</sup> Siehe hierzu: Jacques Le Rider, *Mitteleuropa. Auf den Spuren eines Begriffs*, Wien 1994; Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994, S. 240-257.

<sup>18</sup> Istvan Bibó, *Democracy, Revolution, Self-Determination*, Boulder 1946; Pierre George, *Géographie de l’Europe Centrale slave et danubienne*, Paris 1968, S. 5; Milan Hauner, *Germany? But where Is It Situated?* In: *Perspectives* 4/1994, S. 31-32.

## **Fluchtwege aus Osteuropa**

Der *Osteuropa-Begriff*, das hat Larry Wolf in seinem Buch mit dem Titel „Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment“<sup>19</sup> dargestellt, im Sinne einer Ost-West-Antinomie war bereits im 18. Jahrhundert im Umlauf. Spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er weniger zur Bezeichnung einer geographischen Wirklichkeit als vielmehr eines geopolitischen Tatbestandes gebraucht. In der westeuropäischen Wissenschaft und Publizistik setzte sich der Gebrauch des Osteuropa-Begriffs zur Bezeichnung der Sowjetunion und der Staaten in ihrem Hegemonialbereich durch.

Der Zusammenbruch und die Teilung Deutschlands sowie die Unterwerfung der kleinen europäischen Staaten unter die Hegemonie der Sowjetunion ließen die Südosteuropa- und Mitteleuropa-Debatten für Jahrzehnte verstummen. Im Zuge des Kalten Krieges und der Systemkonfrontation bildeten sich neue, künstliche Trennlinien in Europa heraus, der Kontinent wurde zweigeteilt in einen westlichen Integrationsraum, der sich durch die Einbeziehung zweier Staaten des nordamerikanischen Kontinents (USA und Kanada) zu einem euroatlantischen Sicherheitsraum erweiterte, und einen östlichen Integrationsraum, der die von der Roten Armee besetzten kleineren europäischen Staaten zwangsweise in ein Wirtschafts- und Sicherheitssystem einband. Ihre europäischen Bindungen und das Gefühl der Zugehörigkeit zum westlichen Teil Europas wurden von der Hegemonialmacht zurückgedrängt, sie wurden zunehmend von der gesamteuropäischen Entwicklung isoliert. Durch die neue politisch-ideologische Grenzlinie in Europa wurden die früheren innereuropäischen Trennlinien überlagert bzw. zurückgedrängt.

Der geistige Widerstand der intellektuellen Eliten dieser Staaten gegen ihre politisch-ideologische Gleichschaltung überlebte in diesen Jahren in dem Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum geistigen und kulturellen Erbe Europas. Künstler und Wissenschaftler der gleichgeschalteten, ihrer traditionellen Identität beraubten Staaten des neuen „Osteuropas“ versuchten, sich über die Zugehörigkeit zu einem anderen als dem östlichen Europa aus der sowjetischen Einflußsphäre zu emanzipieren. Gelegentlich folgten ihnen auch politische Vertreter auf diesem Wege nach. Die geosemantischen Fluchtwege aus „Osteuropa“ führten über Südosteuropa und Mitteleuropa.

---

<sup>19</sup> Stanford 1994.

Als erste wagten die Rumänen zu Beginn der 60er Jahre die „Flucht aus Osteuropa“ – ihr Fluchtweg führte über Südosteuropa. Die Betonung der Zugehörigkeit Rumäniens zu Südosteuropa hatte Tradition, schließlich hatte der Historiker Nicolae Iorga dort bereits 1920 das erste Südosteuropa-Institut auf dem Kontinent gegründet. Im Jahre 1960 hatte die rumänische Delegation im Rahmen der UNESCO die Gründung einer Internationalen Vereinigung für Südosteuropa-Studien (*Association des Études Sud-Est Européennes AIESEE*) angeregt, die dann im Jahre 1963 in Bukarest vollzogen wurde. Im gleichen Jahre wurde bei der Rumänischen Akademie ein Institut für Südosteuropa-Studien eingerichtet.

Unmittelbar nach dem 1958 erfolgten Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen begann die nationalkommunistische rumänische Führung die Grundlagen für eine neue Außenpolitik zu legen. Die politische Zielsetzung der rumänischen Initiative war offensichtlich. Die Vielfalt der ideologischen Systeme und der politisch-militärischen Allianzen im südosteuropäischen Rahmen – Warschauer-Pakt-Staaten wie Rumänien und Bulgarien, NATO-Mitglieder wie Griechenland und die Türkei, blockfreie Staaten wie die Bundesrepublik Jugoslawien und der Sonderfall Albanien – bildeten den Resonanzraum für die von Bukarest betriebene Absetzbewegung von der Sowjetunion.

Der zweite Fluchtversuch aus Osteuropa wies in Richtung Mitteleuropa und er führte, bildlich gesprochen durch einen Tunnel, an dem zugleich vom Westen wie vom Osten her gegraben wurde.<sup>20</sup> Die westlichen, d.h. österreichischen und deutschen Mitteleuropa-Initiativen waren dadurch gekennzeichnet, daß sie von Vertretern sozialdemokratischen Parteien betrieben wurden mit dem Ziel, in der Mitte Europas eine letztlich blockfreie Zone zu schaffen. Bereits in den fünfziger Jahren – das ist jüngst ausgewerteten diplomatischen Quellen zu entnehmen – hatte Jugoslawien versucht, die österreichische Regierung auf diskrete Weise für die Wiederbelebung der Mitteleuropa-Idee zu gewinnen. Der jugoslawische Präsident Tito selbst soll, einem Bericht des österreichischen Botschafters in Belgrad, Walter Wodak zufolge, Interesse an einer engeren Zusammenarbeit zwi-

---

<sup>20</sup> Aussagen wie die folgende des im französischen Exil lebenden rumänischen Religionsforschers Mircea Eliade waren offenbar nicht Teil der hier behandelten politischen Mitteleuropa-Debatte: „Diese Kulturen [Mitteleuropas] sind dabei, zu verschwinden. Fühlt Europa nicht, wie ein Teil seines Körpers amputiert wird? Denn schließlich liegen diese Länder alle in Europa und alle diese Völker gehören der europäischen Gemeinschaft an“. Mircea Eliade, *Examen Leprosum*, in: *Preuves* 14 (April) 1952, S. 29. Zitiert nach: Adriana Babeți; Cornel Ungureanu, *Europa centrală. Nevroze, dileme, utopii* (Mitteleuropa: Neurosen, Dilemmata, Utopien), Jassy 1997, S. 26.



schen den freien Völkern im mitteleuropäischen Raum angemeldet haben.<sup>21</sup> Im Jahre 1965 hatte der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky es als das „entscheidendste Ziel der österreichischen Außenpolitik“ bezeichnet, „Zentraleuropa – denn auch wir liegen dort – zu einer Region echter Entspannung zu machen, frei von der Einflußnahme der Großmächte“.<sup>22</sup>

Ungarn und sogar die Sowjetunion signalisierten Interesse an den Wiener Mitteleuropa-Plänen.<sup>23</sup> Das Interesse Moskaus an einer derartigen Mitteleuropa-Konzeption überrascht nur auf den ersten Blick. Immerhin gehörte es zu den Konstanten der Moskauer Außenpolitik nach 1945, die Eingliederung der Westzonen Deutschlands in das atlantische Bündnis zu verhindern und, nachdem dieser Versuch gescheitert war, in der Mitte Europas eine entmilitarisierte, entnuklearisierte Zwischenzone unter Herauslösung der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO zu schaffen. Innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe verfolgte die Sowjetunion seit 1960 das Konzept einer arbeitsteiligen Differenzierung zwischen industriell und landwirtschaftlich orientierten Mitgliedsstaaten. Der sogenannte Walew-Plan war jedoch am Widerstand Rumäniens gescheitert. Entsprechend diesem Plan sollten einige Ostblockstaaten die gemeinsame Industrieproduktion in einem immer enger zusammenwachsenden Ost-Integrationsraum gewährleisten, während andere sich zu Agrarregionen zurück entwickeln sollten. Die Grenze zwischen Industrie- und landwirtschaftlichen Zulieferstaaten sollte entlang einer Trennlinie verlaufen, die Ungarn, Tschechien oder die DDR als Nutznießer der geplanten Differenzierung von Rumänien und Bulgarien trennte. 1980 und 1981 wurde in ungarischen Schulbüchern zwischen drei Untergliederungen innerhalb der sozialistischen Staatengruppe unterschieden: Sowjetunion, Mitteleuropa und Südosteuropa. Die Rede war in diesen Schulbüchern auch von einem sozialistischen Nord-Süd-Konflikt.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Marjanović, Vladislav, *Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945-1995*, Frankfurt a. M., 1998. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft; Band 360), S. 159.

<sup>22</sup> Marjanović, Vladislav, *Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945-1995*, Frankfurt a. M., 1998. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft; Band 360), S. 85. Siehe auch: Sophie Enos-Attali, *L'Autriche et ses voisins centre-européens. Des relations soutenues mais tendues*, in: *Le Courrier des Pays de l'Est*, Nr. 1023, März 2002, S. 44-52.

<sup>23</sup> *ibid.*, S. 159.

<sup>24</sup> Adám Szesztay, *Minority Questions in the Schoolbooks of Socialist Hungary*, in: Lucian Nastasa (Hg.), *Studii istorice româno-maghiare*, Iasi, Fundația Academică "A.D. Xenopol", 1999, S. 361-372.

Mitte der 1980er Jahre – ungefähr zeitgleich mit dem Machtantritt Michail Gorbatschows in der Sowjetunion – wurde die Mitteleuropa-Debatte in Österreich und Deutschland auf breiter Front wieder aufgenommen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der Mitteleuropa-Diskurs in unterschiedlichen geistig-politischen Milieus von rechts bis links gepflegt.<sup>25</sup> 1986 veröffentlichte Karl Schlögel seinen viel zitierten Aufsatz „Die Mitte liegt ostwärts“, worin er deutsche Befindlichkeiten mit Blick auf diesen mitteleuropäischen Raum, der zugleich ihr „verlorener Osten“ war, beschrieb.<sup>26</sup> Das diesbezügliche deutsche Interesse definierte Gunter Hellmann in einem 1998 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Aufsatz. Hier ist das Zitat:

„Die in den nächsten Monaten und Jahren anstehenden Erweiterungen von NATO und EU bei gleichzeitiger Anbindung Rußlands an die westlichen Institutionen im Rahmen des NATO-Rußland-Rates und des Partnerschaftsabkommens mit der EU stellt für Deutschland einen beträchtlichen Erfolg dar. Dieses Ergebnis entspricht weitgehend deutschen Zielen, wie sie in den Jahren nach der Vereinigung formuliert wurden. Die Herausforderung bestand dabei aus deutscher Sicht darin, daß ein instabiles, freischwebendes Zwischeneuropa an der östlichen Grenze verhindert werden mußte, und zugleich sollte Ausgrenzungsängsten Rußlands begegnet werden, ohne daß westliche Befürchtungen auftauchen könnten, Deutschland strebe eine Vormachtstellung in Mitteleuropa an.“<sup>27</sup>

In Österreich griff Bundeskanzler Fred Sinowatz im Jahre 1985 die Mitteleuropathesen seines Amtsvorgängers auf. Nun beteiligten sich auch Politiker der konservativen Österreichischen Volkspartei wie Erhard Busek<sup>28</sup> und Alois Mock an der Debatte.

Mitteleuropa wieder an Westeuropa heranführen wollten auch jene Dissidenten aus Ungarn, Tschechien und Polen, die sich seit Anfang der 1980er Jahre in die in westlichen Medien geführte Debatte einschalteten. Nicht selten trafen sie

---

<sup>25</sup> Siehe hierzu: Peter Glotz, *Deutsch-böhmische Kleinigkeiten oder: Abgerissene Gedanken über Mitteleuropa*, in: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, 7/1986, S. 584-585; Dietrich Spangenberg (Hg.), *Die blockierte Vergangenheit. Nachdenken über Mitteleuropa*, Berlin 1987; Sven Papcke; Werner Weide, *Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse*, Darmstadt 1988; Timothy Garton Ash, *The Uses of Adversity*, New York 1989; Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München-Wien 1993.

<sup>26</sup> Karl Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa*, Berlin 1986.

<sup>27</sup> Gunther Hellmann, *Die prekäre Macht. Deutsche Außenpolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.10.1998.

<sup>28</sup> Erhard Busek; Emil Brix, *Projekt Mitteleuropa*, Wien 1996.

sich in Wien, das zur Drehscheibe und zum Katalysator europäischer Mitteleuropa-Initiativen für Intellektuelle und Politiker wie Milan Kundera, Jacques Rupnik, György Konrád, George Schöpflin oder Zdenek Mlynar wurde. Sie proklamierten die kulturelle und zivilisatorische Zugehörigkeit dieser „mitteleuropäischen Staaten“, die politisch im östlichen Bündnissystem gefangengehalten würden, zu Europa. „Wir haben die Chance“, so Vaclav Havel, „Mitteleuropa von einem wie bisher historischen und geistigen Phänomen in ein politisches Phänomen zu verwandeln“ und, so Jacques Rupnik, damit „einen grundlegenden Beitrag zur Umgestaltung der politischen Landkarte Europas in der Nach-Jalta-Ära zu leisten.“<sup>29</sup> Beobachtern zufolge war es *auch* ein Ziel dieser Politik gewesen, „die russisch-amerikanische Doppelhegemonie aus den Angeln zu heben, die Europa in zwei Hälften geteilt hatte.“<sup>30</sup> Immerhin erfolgte der Beginn der „emanzipatorischen Mitteleuropa-Überlegungen“ in einigen Staaten des Warschauer Pakts“ zeitgleich mit der Neueinschätzung der Blocksituation durch die Sowjetunion“.<sup>31</sup>

### **Ein Prozess der selbsterfüllenden Differenzierung**

Mit ihrer Mitteleuropa-Kampagne distanzierten sich Ungarn, Polen und Tschechen aber nicht nur von der östlichen Hegemonialmacht, sondern zugleich auch von den anderen, nach 1944 ebenfalls von der Sowjetunion „gekidnappten“<sup>32</sup> Staaten wie Rumänien und Bulgarien. In Abgrenzung von den „südosteuropäischen Staaten“ betonten die ungarisch-tschechisch-polnischen Dissidenten die „Wertegemeinschaft“ des westlichen Christentums und die historischen Gemeinsamkeiten zwischen den sich selbst als „mitteleuropäisch“ definierenden Völkern des Ostblocks und den Völkern Westeuropas. Die Tatsache, daß Südosteuropa als einzige historische Region Europas ein Teil der antiken Welt des „ersten Europa“ und Schauplatz der ersten Welle der Christianisierung in Europa gewesen

---

<sup>29</sup> Jacques Rupnik, *The Other Europe*, London 1988.

<sup>30</sup> Milan Hauner: *Germany? But Where Is It Situated*, in: *Perspectives* Nr. 4/1994. Siehe auch: Vladimir Handl: *Germany and Central Europe. 'Mitteleuropa' Restored?*, in: *Perspectives* Nr. 1/1993.

<sup>31</sup> Christian Weimer, „Mitteleuropa“. Ein komplexer und ambivalenter politischer Terminus und die kontroverse Diskussion über ihn in den achtziger und neunziger Jahren, in: Karl G. Kick; Stephan Weingarz; Ulrich Bartosch (Hg.), *Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik. Jens Hacker zum 65. Geburtstag*, Berlin 1998, S. 512-513.

<sup>32</sup> Milan Kundera, *Un occident kidnappé où la tragédie de L'Europe centrale*, in: *Le Débat*, 27.11.1983, S. 2-24.

war und daß nicht die Mitte Europas, sondern der Südosten des Kontinents die Wiege der europäischen Kultur und Demokratie war, störte solche Argumentation nicht.<sup>33</sup> Die noch vor dem Zerfall des Ostblocks postulierte alleinige Affinität der drei ehemals kommunistischen „mitteleuropäischen“ Staaten mit positiven, mit Westeuropa kompatiblen Werten zielte darauf ab, diese ehemaligen Ostblockstaaten – und nur sie – als geeignet für die Aufnahme in die westeuropäischen Strukturen empfehlen. Daß diese Strategie auf einem logischen Zirkelschluß beruhte, räumte im Rückblick auch Timothy Garton Ash, einer der aktivsten westlichen Verfechter der Mitteleuropa-Strategie, ein:

„Mittleuropäer‘ zu sein bedeutet im gegenwärtigen politischen Sprachgebrauch, zivilisiert, demokratisch und kooperativ zu sein – und deshalb eine bessere Chance zum Eintritt in die EU und in die NATO zu haben. Faktisch aber nähert sich dieses Argument einem Zirkelschluß: Die NATO und die EU heißen die ‚Mittleuropäer‘ willkommen, folglich sind diejenigen ‚mitteleuropäisch‘, die von NATO und EU willkommen geheißen werden.“<sup>34</sup>

Um ihre Integration in die europäischen Strukturen zu beschleunigen, schlossen sich Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn auf westliches Drängen im Februar 1991 zur sogenannten Visegrád-Gruppe zusammen.<sup>35</sup> Die politische Perspektive ihrer Aufnahme in den westeuropäischen Integrations- und Sicherheitsraum führte in einem zweiten Schritt dazu, daß westeuropäische Direktinvestitionen von Anfang der Wendezeit an fast ausschließlich in diese drei ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder flossen und daß aus demselben Grunde westliche Großbanken nur Direktinvestitionen in diese drei Länder befürworteten, garantierten und förderten. Nachdem das in diese Länder investierte finanzielle und politische westliche Kapital begonnen hatte, erste Früchte zu tragen, wurde in einem dritten Schritt ein neues Kriterium in die Debatte gebracht – das Kriterium des Transformationsfortschritts. „On the one hand, the above mentioned Western European neglect of the region since 1989 and the unequal access to Western European markets was one of the factors that led to the uneven course of reforms and poor

---

<sup>33</sup> Magarditsch Hatschikjan, Stefan Troebst (Hg.), Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch, München 1999, S. 7.

<sup>34</sup> Timothy Garton Ash, Mitteleuropa? Aber wo liegt es? In: Transit, Nr. 16, S. 133-147.

<sup>35</sup> Dem Zukunftsforscher Alvin Toffler zufolge soll der frühere US-Außenminister James Baker sogar schon Mitte der 1980er Jahre von einem Zusammenschluß Polens, Ungarn und der Tschechoslowakei zu einem Bündnis gesprochen haben, um eine spätere Eingliederung dieser Staaten in die euro-atlantischen Strukturen zu erleichtern; Hinweis bei: Tudorel Urian, Evoluții în politica est-europeană a Occidentului, in: Curierul Românesc, Jg. VIII, Nr. 3, März 1996.

economic performance during the first phase of transition. Also, as I mentioned above, the role of international financial assistance in general was equivocal and questionable,“ heißt es in dem von George Petrakos und Stoyan Totev herausgegebenen Buch *The Development of the Balkan Region*.<sup>36</sup>

Die Transformationserfolge – und nicht die finanzielle Unterstützung durch westliche Staaten und Wirtschaftsunternehmen – wurden dann als Erklärung für eine bevorzugte Integration der „mitteleuropäischen“ Staaten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei in die westeuropäischen Institutionen angeführt:

„Today...the Visegrád states – with the partial exception of Slovakia – constitute a distinct group within the post-communist East. When compared to their neighbors to their East and South, the East Central Europeans stand out by virtue of their progress in terms of marketisation and privatisation; the relative success of their economic reforms; and their generally more developed industrial and service sector. It is thus no surprise that the Visegrád four are widely regarded as being the most promising candidates from the East for early membership in the EU.“<sup>37</sup> Der rumänische Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Reformminister Ilie Şerbănescu widersprach dieser These. Seiner Meinung nach konnten in den ehemals kommunistischen Staaten „Mißerfolge nur dort vermieden werden, wo der Westen sich entschlossen hatte, weitgehende Verpflichtungen durch finanzielles Engagement zu übernehmen.“<sup>38</sup> Tatsache ist: Bis zum EU-Gipfel von Helsinki vom Dezember 1999 galt die Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien von Helsinki als Voraussetzung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Erst unter dem Eindruck der Kosovo-Krise faßte die EU den Beschluß, den Beitrittsprozeß neu zu beleben und mit allen Beitrittskandidaten mit Ausnahme der Türkei diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen, also auch mit Rumänien.

## **Neue Trennlinien durch selektive Integration**

Nach dem Zerfall des Sowjetsystems und dem Ende des Kalten Krieges war auf westlicher Seite zwar immer wieder betont worden, mit Hilfe der neuen, im Auf-

---

<sup>36</sup> Rumen Dobrinsky, *Multi-Speed Transition and Integration in Europe*, in: George Petrakos and Stoyan Totev (Hg.), *The Development of the Balkan Region*, Aldershot 2001, S. 73.

<sup>37</sup> Adrian Hyde-Price, *The International Politics of East Central Europe*, Manchester-New York 1996, S. 65.

<sup>38</sup> Ilie Şerbănescu, *Excepții de la eșecuri și nu excepții de la succese*, in: 22, Nr. 30, 27.07.-02.08.1999.

bau befindlichen europäischen Sicherheitsarchitektur sollten die mit Jalta und Potsdam assoziierten Trennlinien in Europa „ausradiert werden“,<sup>39</sup> doch zumeist war damit nur die sowjetische Hegemonie über die sogenannten „mitteleuropäischen“ Staaten gemeint. Zugleich wurde die Entstehung neuer, politisch relevanter Trennlinien, wenn auch nicht postuliert, so doch als eine logische Konsequenz historischer, religiöser und kultureller Unterschiede zwischen den Staaten im ehemals sowjetisch beherrschten Teil Europas akzeptiert:

„Aber man muß sehen, daß in Mittel- und Osteuropa historisch untergegangene Prägeformen die Gegenwart in Gestalt verschiedener Kulturregionen immer noch bestimmen. Da ist das durch westliches Christentum und Habsburgerreich geformte Ostmitteleuropa: es gibt das durch die Osmanische Herrschaft geprägte Südosteuropa, das byzantinisch orientierte russische Reich und den islamischen Kulturkreis. Die alten Grenzen zwischen dem katholischen und dem orthodoxen Europa, zwischen dem Osmanischen Reich und dem Habsburgerreich sind wieder da.“<sup>40</sup>

Diese Unterschiede wurden wie selbstverständlich als quasi-axiomatische Begründung für eine differenzierte Politik des Westens gegenüber diesen Staaten herangezogen. Tony Judt sprach mit Blick auf die zu erwartende Neuordnung der europäischen Nachkriegsgeschichte sogar unverblümt von einem „zu erwartenden Kompromiß – durch den sich der westliche Rand Mitteleuropas (Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei) zu einem EU-Vorhof entwickeln wird, während das ‚byzantinische‘ Europa von Lettland bis Bulgarien in seinem provinziellen Saft schmoren soll.“<sup>41</sup>

Aufmerksame Beobachter wie der Südosteuropa-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Viktor Meier, hatten bereits im Jahre 1991 bei der EU „neue Teilungs- und Abgrenzungstendenzen innerhalb des osteuropäischen Raumes“ ausgemacht, welche, wie er sagte, „die ‚westlichen‘ Länder Ungarn, Tschechoslowakei und Polen den ‚byzantinischen‘ Staaten Rumänien und Bulgarien gegenüberstellen und den letzteren einen besonders langwierigen Zugang zu den europäischen Institutionen verordnen. Dadurch erzeugen sie Frustrationen

---

<sup>39</sup> „Herzog: Keinen Staat ausschließen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.06.1997.

<sup>40</sup> Werner Weidenfeld, *Europa sucht nach seiner neuen Ordnung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.11.1996.

<sup>41</sup> Tony Judt, *Europa am Ende des Jahrhunderts*, in: *Transit*, Nr. 10/1995. Wie sehr die Geopolitik dabei den Sachverstand in den Hintergrund drängte, ist an der Zuordnung Lettlands zum byzantinischen Europa abzulesen.

und verweisen die betroffenen Staaten auf Bindungen, die nicht im europäischen Interesse liegen können.“<sup>42</sup>

Der Politikwissenschaftler John Nagle bestätigte im nachhinein, was der Journalist Viktor Meier früh erkannt hatte: „Gleich am Anfang der neuen Ära in Europa kam es sehr schnell zu einer geopolitisch gefärbten Rangfolge, was den Zutritt zum Klub des Westens anbelangt. Dabei werden den ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn (den sogenannten Visegrád-Nationen) die besten Chancen eingeräumt.“<sup>43</sup>

In der Tat hatte der Historiker Immanuel Geiss<sup>44</sup> das „postkommunistische Europa“ bereits 1991 verortet und in drei große Zonen aufgeteilt: Den „lateinischen“ Westen (dem er Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei zurechnet), den „orthodoxen“ Osten (dem neben Rußland auch Bulgarien, Rumänien, Serbien-Montenegro, das jugoslawische Mazedonien, die Ukraine und Weißrußland zugehören soll) und den Islam.<sup>45</sup>

Die Entstehung neuer Trennlinien in Europa war nach Meinung von Experten zwar nicht intendiert, aber unvermeidlich. Es gehöre „zu den Grundaussagen europäischer Politik, daß nach der Überwindung der Blöcke keine neuen Trennlinien auf dem Kontinent gezogen werden sollen. Die neuen Trennlinien würden zwangsläufig im Zuge des EU-Erweiterungsprozesses zwischen den künftigen Mitgliedern und ihren nicht integrierten Nachbarn im Osten und Südosten Europas entstehen.“<sup>46</sup>

In *Politik* und *Wirtschaft* begann dieser Prozess der Ausdifferenzierung der ehemals kommunistischen Staaten sehr bald nach der Wende. In den Außenministerien der EU-Staaten kam es zur Einrichtung getrennter Referate für die sogenannten Reformstaaten (Polen, Tschechoslowakei, später Tschechische Republik und Ungarn) und für „südosteuropäische Staaten“; im österreichischen Außenministerium wurde 1996 der Begriff „angrenzende Länder“ durch „Mitteleuropa“ ersetzt. Hochrangige westliche Politiker reisten bevorzugt und mehrfach in die „mitteleuropäischen“ Staaten des ehemaligen Ostblocks. Aus dem Westen gingen

---

<sup>42</sup> Viktor Meier, „Europas Osten sucht nach einer neuen Ordnung. Die Auflösung des Warschauer Pakts. Was wird aus dem RGW?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.02.1991.

<sup>43</sup> John Nagle, Vormarsch der Ethnos-Politik in den mitteleuropäischen Beitrittsländern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1977, Jg. 42, S. 937-947.

<sup>44</sup> Immanuel Geiss, Europa 1991, in: Europa Archiv Nr. 46/1991.

<sup>45</sup> Siehe hierzu: Heinz-Jürgen Axt, Die Befreiung der Kulturen. Europas Kulturkreis nach dem „Ende der Systeme“ in: Südosteuropa-Mitteilungen Nr. 1/1993.

<sup>46</sup> Weidenfeld, Werner; Josef Janning, Europa vor der Vollendung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.07.1998.

seit 1989 wirtschaftliche Unterstützung, kreditgestützte Investitionen, Schuldenerlaß, Expertenhilfen, großzügige Austauschprogramme vorwiegend nach Polen und Ungarn und die Tschechische Republik und in sehr viel geringerem Maße in die anderen ehemals „osteuropäischen“ Staaten. Die drei Staaten fanden 1995 bzw. 1996 Aufnahme in die OECD. Ihr neuer Status wiederum signalisierte Investoren eine größere Anlagensicherheit und eine erhöhte innenpolitische Stabilität. Begründet wurde die unterschiedliche Behandlung der ehemals kommunistischen Staaten mit ihren unbezweifelbar unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen zum Zeitpunkt der Wende. Es war jedoch primär die Wahrnehmung, Wertung und Gewichtung dieser Ausgangsbedingungen durch die westlichen Staaten, die den Ausschlag für deren positive oder negative Diskriminierung gegeben hat.

Historiker, Politikwissenschaftler und Journalisten beteiligten sich aktiv an der Debatte über geopolitische Trennlinien in Europa. Gelegentlich lieferten sie sogar das ideologische Unterfutter für regierungsamtliche Strategien wie der amerikanische Politologe Samuel Huntington:<sup>47</sup> „Governments need ‚simplified pictures of reality‘, as Harvard’s Samuel Huntington has said – ‚paradigms‘ that oversimplify (or caricature) reality in order to give policymakers what they can think as a general theory about what is going on in the world.“<sup>48</sup> Bereits im Sommer 1993 hatte der bekannteste Vertreter der These einer neuerlichen Ausdifferenzierung des geopolitischen Raumes nach dem Ende des Kalten Krieges weltweit in der Zeitschrift *Foreign Affairs* sein Konzept eines Kampfes der Kulturen vorgestellt und 1996 zu einem umfassenden Sachbuch<sup>49</sup> erweitert, dem große Aufmerksamkeit, gelegentlich auch Kritik zuteil wurde. Der französische Politologe Pierre Hassner kritisierte die sachlichen „Fehlleistungen“ und politischen Hintergedanken von Huntingtons „Kulturkampf“. Er nannte „Huntingtons Rezepte für eine Weltordnung gleichermaßen moralisch fragwürdig und politisch gefährlich“, denn sie propagierten „eine Verfestigung bestehender Trennlinien und befürworten eine Welt, die auf eine Art von religiösem oder kulturpoliti-

---

<sup>47</sup> Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996. (Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München-Wien 1996, S. 252.)

<sup>48</sup> William Pfaff, *Europe Is Unified on One Thing: Freedom from U.S. Control*, in: *International Herald Tribune*, 01.06.2000.

<sup>49</sup> Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996. (Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München-Wien 1996.) Sein ursprünglicher Aufsatz *The Clash of Civilizations* erschien in der Zeitschrift *Foreign Affairs* im Sommer 1993.



schem Jalta beruhen würde.“<sup>50</sup> Die politische Differenzierung entwickelte sich auch zu einem Topos der westlichen Medien: Da wurde unterschieden zwischen „Musterknaben“ (Ungarn, Polen, Tschechische Republik, Slowenien) und „Sorgenkindern“ (Rumänien, Bulgarien),<sup>51</sup> zwischen den „Elitestaaten“ (Polen, Tschechien, Ungarn) und den „Randstaaten“ „Sub-Europas“ (Bulgarien, Rumänien),<sup>52</sup> zwischen „front-runners“ (Polen, Ungarn, Tschechien) und „non-starters“ (der Rest),<sup>53</sup> zwischen Ländern, die „prosperous and stable“ sind (Polen, Ungarn, Tschechien) und deren Aufnahme in EU und NATO nur eine Frage des Zeitpunkts sei und „armen“ Ländern, (Bulgarien, Rumänien, Albanien), die angeblich auf einen Status zusteuerten, der als „depressed Euro-Suburb“ beschrieben wurde.<sup>54</sup>

Die Abgrenzung zweier Zonen mit unterschiedlicher Sicherheitslage und ungleicher Wohlstandsperspektive hatte politische Konsequenzen. In der Erklärung des NATO-Gipfels vom Juli 1997 in Madrid wurde erstmals in einem Dokument der Allianz die neue geopolitische Trennlinie festgeschrieben.<sup>55</sup> In den von der NATO garantierten westeuropäischen Integrationsraum wurden allein Polen, Ungarn und die Tschechische Republik aufgenommen. Den ausdrücklich so genannten „südosteuropäischen Staaten“ Rumänien und Slowenien wurden hingegen lediglich Chancen auf eine eventuelle Aufnahme in einer möglichen zweiten Erweiterungsrunde eingeräumt. Auch die Europäische Union fixierte neue Trennlinien, die teilweise mit den von der NATO gezogenen übereinstimmen. Auf ihrem Luxemburger Gipfeltreffen vom Dezember 1997 beschlossen die Regierungschefs der Union, mit denselben drei Staaten, nämlich Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik sowie mit Slowenien und Estland direkte Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Rumänien und Bulgarien blieben draußen vor der (einen Spalt breit offenen) Tür der NATO und für weitere zwei Jahre im Vorhof der EU.

---

<sup>50</sup> Pierre Hassner, Huntington – moralisch fragwürdig, politisch gefährlich, in: Europäische Rundschau Nr. 3/1997.

<sup>51</sup> Matthias Rüb, Gemeinsam im Osten Europas, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.1997.

<sup>52</sup> Josef Riedmiller, Die Zeitbombe Sub-Europa In: Süddeutsche Zeitung, 03.02.1997.

<sup>53</sup> Almar Latour, Europe in Transition, In: Wall Street Journal Europe, 27.12.1996.

<sup>54</sup> Jane Perlez, Chasm Across Eastern Europe Splits Stable Nations From Poor, In: International Herald Tribune, 25.01.1997.

<sup>55</sup> Internationale Politik Nr. 9/1997, S. 104.

Die nach dem Madrider NATO-Gipfel betriebene westliche Politik hatte die Zementierung dieser neuen geopolitischen Kategorie „Südosteuropa“ zur Folge. Die dem geopolitischen Südosteuropa zugerechneten Staaten sollten nach dem Willen der westeuropäischen Regierungen immer enger in einen Prozeß einer neuen Regionalisierung eingebunden werden.<sup>56</sup> „Regionale Zusammenarbeit“, so der damalige EU-Koordinator für den Stabilitätspakt, Bodo Hombach, „ist Übungsmöglichkeit und Qualifikationsmerkmal für Zusammenarbeit in größeren Integrationsverbänden ... ist Katalysator, nicht Bremse für die künftige Perspektive der EU-Integration.“<sup>57</sup> Das Regionalkonzept der EU knüpfte den Weg aller „südosteuropäischen“ Staaten nach Europa an bestimmte Bedingungen und Erwartungen, eröffnete ihnen aber vorerst keine klare Integrationsperspektive<sup>58</sup>. Bei der NATO war man lange Zeit der Auffassung, die Schaffung gemeinsamer Kommandostrukturen und die Aufstellung multinationaler Kräfte könnten für die Staaten Südosteuropas eine Zwischenetappe auf dem Wege in die Allianz, aber auch sehr wohl einen Ersatz für den tatsächlichen Beitritt darstellen.

### **Südosteuropa - eine Zone neuer Unsicherheiten?**

Aus der Entstehung neuer Trennlinien entlang einer neuen Grenze, die – wie Sloweniens Staatschef sagte – „den stabilen Teil Europas vom instabilen trennt“ und die ehemalige Systemgrenze des Kalten Krieges in modifizierter Form „weiter in den Südosten verschiebt“,<sup>59</sup> ergaben sich für die betroffenen Staaten Probleme für ihre äußere, aber auch ihre innere Sicherheit.

„Wie bei der Strategie des containment nach dem zweiten Weltkrieg impliziert die Idee der Osterweiterung der NATO nicht nur ein Einschluß-, sondern auch ein Ausschlußprinzip ... Die Benennung von drei oder vier ostmitteleuropäischen Ländern als Kandidaten für eine Mitgliedschaft in der westlichen Allianz macht ebenso deutlich, bis zu welcher Linie man eine Moskauer Dominanz ak-

---

<sup>56</sup> Ionel Nicu Sava, România intră în NATO odată cu Austria... (Rumänien wird der NATO zusammen mit Österreich beitreten...), in: Observatorul Militar Nr. 38, 24.-30.09.1997.

<sup>57</sup> Einführungsstatement des Sonderkoordinators des Stabilitätspakts für Südosteuropa Bodo Hombach anlässlich der Vorstellung des Stabilitätspakts vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik des europäischen Parlaments, Brüssel, 23.09.1999.

<sup>58</sup> Wolf J. Bell, Der Balkan – eine Region Europas, in: Bonner General-Anzeiger, 14.06.1997.

<sup>59</sup> Interview in der Berliner Zeitung, 04.04.2000.

zeptierte,“ schreibt der Hamburger Professor und Sicherheitsexperte August Pradetto.<sup>60</sup>

Bei der NATO war man damals offenbar bereit gewesen, den von russischer Seite vorgetragene Einwänden gegen eine Aufnahme von Staaten aus „Südosteuropa“ entgegen zu kommen und nach der ersten Erweiterungsrunde eine „Pause des Nachdenkens“ von bis zu zehn Jahren einzuhalten.<sup>61</sup> Amerikanischen Befürwortern einer solchen Strategie war jedoch durchaus klar, daß damit ein Prozeß der „Selbstdifferenzierung“ in Gang gesetzt werden würde zwischen den als „strategisch wichtig“ erachteten Anwärtern der ersten Erweiterungsrunde und den Staaten „auf dem Balkan oder im Baltikum“, wo „die meisten NATO-Staaten keine vitalen Interessen“ haben.<sup>62</sup>

Durch diese Form der geopolitischen Ausgrenzung war aber nicht nur die äußere, sondern auch die innere Sicherheit und der Zusammenhalt dieser Staaten gefährdet. In seinem bereits zitierten Buch stellte Samuel Huntington offenbar auch Staatsgrenzen zur Disposition. Auf einer seinem Buch beigelegten Landkarte verläuft die relevante kulturelle Trennungslinie zwischen „Mitteleuropa“ (den Ländern, die er als Teil des christlichen Abendlandes bezeichnet) und „Osteuropa“ (den Staaten unter der Ägide der orthodoxen Kirche) entlang der Karpaten und trennt den westlichen Teil Rumäniens (Siebenbürgen und das Banat) von seinen östlichen und südlichen Teilen ebenso wie die West- von der Ostukraine ab.<sup>63</sup> Bereits 1995 schlug ein Kommentator der Zeitschrift *The Economist* vor, die Aufteilung einiger Staaten wie Rumänien entlang der imaginären Trennlinie zwischen Mittel- und Südosteuropa zu vollziehen.<sup>64</sup> Und der ungarische Politologe Gustáv Molnár sorgte sich 2003 öffentlich um das Schicksal jener „mitteleuropäischen Fragmente“, die sich im Verbund von – typologisch gesehen – „ost- bzw. südosteuropäischen Staaten“ befinden. Er antizipierte Konflikte zwischen den „gefangenen Provinzen und Regionen“ wie Siebenbürgen, der Vojvodina,

---

<sup>60</sup> August Pradetto, *Europäische Rundschau*, 1(1996).

<sup>61</sup> Staatssekretär im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer, zitiert nach: *Adevărul*, 20.6.1997.

<sup>62</sup> Ronald D. Asmus; F. Stephen Larrabee, Wird die NATO durch die Erweiterung nach Osten ein kraftloser Riese?, in: *Die Welt*, 01.12.1996.

<sup>63</sup> Nicu Ionel Sava, *Atenție la geopolitică (Vorsicht Geopolitik)*, in: *Jurnalul Național* Nr. 20, 26.01.1996.

<sup>64</sup> Da, so der Autor, „die gegenwärtigen Grenzen nicht die Wirklichkeit widerspiegeln“, weil Regionen wie Siebenbürgen oder Teile der Westukraine sich seiner Auffassung nach historisch und kulturell vom Rest der Staaten, zu denen sie gehörten, unterschieden, schlug er vor: – ich zitiere: „Perhaps a chunk of Romania and a chunk of Ukraine should be allocated to Central Europe and the Eastern parts abandoned to the East.“ In: „Where – or What – Is Eastern Europe?“, in: *The Economist*, 16.11.1996.

der Karpato-Ukraine, Galizien und der Bukowina – und den Nationalstaaten voraus, deren Bestandteil sie sind.<sup>65</sup>

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß einige der sogenannten „südosteuropäischen Staaten“ an Flucht denken – die Flucht aus „Südosteuropa“ – dachten und ihre Zugehörigkeit zu „Mitteleuropa“ betonten. Sloweniens ehemaliger Staatspräsident Kucan drängte nach Mitteleuropa: „Die mitteleuropäischen Staaten, zu denen Slowenien zählt, wünschten diese Einbindung jetzt und mahnte, wenn irgend ein mitteleuropäisches Land vor der Tür von NATO und EU bleiben müsse, würden die europäischen Trennlinien aufrechterhalten oder erneuert.“<sup>66</sup> Kroatiens verstorbener Staatschef Franjo Tudjman hatte sich allen Plänen widersetzt, Kroatien in regionale Kooperationsformen in Südosteuropa einbinden zu lassen. Er wollte diesen Standpunkt sogar als Verfassungsprinzip verankert sehen nach der Devise: „Kroatien gehört nicht zum Balkan, sondern zu Mitteleuropa und kann deshalb nur der EU angehören“.<sup>67</sup>

Sehr früh hatte man auch in Rumänien die möglichen politischen Konsequenzen dieser neuen, politisch relevanten Zuordnungen im Bereich des Staaten des ehemaligen Ostblocks erkannt. Obwohl offizielle Vertreter immer wieder darauf hinwiesen, daß Rumänien geographisch keineswegs zum Balkan gehöre und in der Vergangenheit sehr wohl auch zu Mitteleuropa gezählt worden sei, meinten Experten lange Zeit, Rumänien habe „die politische Schlacht um Mitteleuropa“ verloren.<sup>68</sup> Erst der tragische Konflikt im Kosovo des Jahres 1999 und der terroristische Angriff auf das World Trade Center vom 11. September 2001 brachten noch einmal Bewegung in die sich verfestigenden geopolitischen Strukturen Europas. Obwohl Rumänien im Jahre 1997 einen doppelten Zurückweisungsschock durch EU und NATO erlitten hatte, standen zwei Regierungen unterschiedlicher Couleur zu der bereits 1998 proklamierten grundsätzlichen Absicht, sich fortan wie ein De-facto-Bündnispartner zu verhalten.<sup>69</sup> Diese Politik, die konstant von

---

<sup>65</sup> Gustáv Molnár, Centre and Periphery in the New Europe. The Central European Heritage of Transylvania, in: Sfera Politicii Nr. 102-103, S. 47. Siehe auch: László László, Anuarul maghiarilor din Romania – 2002, in: 22 Nr. 669, 31.12.2002-6.1.2003.

<sup>66</sup> „Herzog: Keinen Staat ausschließen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.06.1997.

<sup>67</sup> Wolf J. Bell, Der Balkan – eine Region Europas, in: Bonner General-Anzeiger, 14.06.1997.

<sup>68</sup> Ionel Nicu Sava, România intră în NATO odată cu Austria... (Rumänien wird der NATO zusammen mit Österreich beitreten...), in: Observatorul Militar Nr. 38, 24.-30.9.1997.

<sup>69</sup> Staatspräsident Emil Constantinescu und Verteidigungsminister Victor Babiuc in: Adevărul, 8.12.1998; Dilema (Bukarest), 29.8.-4.9.1997. Damit entsprach Rumänien den Erwartungen des Bündnisses, wie sie NATO-Generalsekretär Javier Solana auf einer Tagung des Nordatlantikrates im Oktober 1997 in Bukarest formuliert hatte. Jeder Kandidat, so Solana, müsse sich „bereits jetzt so verhalten, als sei er schon zum Beitritt eingeladen worden“.

der Zustimmung der größten Mehrheit der Bevölkerungen aller Transformationsländer getragen wurde, hatte letztlich Erfolg: Die EU faßte auf ihrem im Dezember 1999 in Helsinki abgehaltenen Gipfeltreffen den Beschluß, auch mit jenen assoziierten Staaten – darunter auch den beiden südosteuropäischen Ländern Rumänien und Bulgarien – Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, und im Juni 2001 sprach sich US-Präsident George W. Bush in Warschau für eine Erweiterung der NATO „um alle europäischen Demokratien vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer“ aus. Damit, so Bush, solle das tatsächliche „Ende der Geschichte“ des Kalten Krieges vollzogen, die in Jalta beschlossenen widernatürlichen und falschen Trennlinien ausradiert und Europas Einheit in Freiheit „vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer“ vollendet werden.<sup>70</sup>

Unter dem Eindruck der Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 zog die NATO schließlich praktische Konsequenzen aus ihrer Neubewertung der geopolitischen und geostrategischen Bedeutung Südosteuropas. Nun wurden denn auch die geopolitischen Konstanten Rumäniens – Ausdehnung und Bevölkerungszahl, Lage im Schnittpunkt wichtiger europäischer Verkehrswege sowie der transkontinentalen Erdöl- und Erdgas-Transportsysteme, Kontrolle des Unterlaufs der Donau und eines Teils (250 km) der Schwarzmeerküste, Ressourcenreichtum – unter dem Aspekt ihrer strategischen Bedeutung für das Bündnis wahrgenommen und für sicherheitsrelevant befunden. Zudem würdigte man nun die Tatsache, daß Rumänien – und Bulgarien – unverzichtbare Ausgangspunkte für militärische Operationen im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus boten, die vorgeschobenen Positionen der NATO bzw. der USA mit Blick auf den kaspischen sowie den südostasiatischen (Wirtschafts-)Raum verstärken und eine regionale Stabilisierungsfunktion in Richtung Bundesrepublik Jugoslawien, Ukraine und Moldova ausüben konnten.

Das Ergebnis kennen wir: Auf dem Gipfeltreffen der NATO in Prag im November 2002 wurden Rumänien und Bulgarien zum Beitritt in das euro-atlantische Bündnis eingeladen, seit Mai 2004 sind sie Mitglieder der Allianz. Rumänien sieht sich sogar in einer natürlichen Führungsposition in der Region,<sup>71</sup> die man in Bukarest geopolitisch als „südliches Mitteleuropa“ gekennzeichnet sehen

---

<sup>70</sup> Die deutsche Version der Rede wurde veröffentlicht in: *Internationale Politik*, 57 (2002) 4, S. 81-85.

<sup>71</sup> Der ehemalige Premierminister Adrian Năstase beim Weltwirtschaftsforum in Davos, in: *Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien*, 28.01.2003.

will. Das eigentliche Südosteuropa sei die Region, die sich östlich von Rumänien bis zum Kaukasus erstreckt.<sup>72</sup>

Das viel zitierte Ende der Geschichte ist das nicht, auch nicht das Ende der Überlegungen über die Grenzen des europäischen und euro-atlantischen Integrationsraums, wie die laufende Debatte für und wieder die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei beweist. Zu Ende gegangen ist aber zumindest die Phase der geopolitischen Instrumentalisierung der Begriffe „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“. „Die Idee eines Mitteleuropa gehört der Vergangenheit an“, sagte Ungarns früherer Premierminister Péter Megyessy im März 2004 der französischen Zeitschrift L'Express.<sup>73</sup>

Statt dessen werden nun weitere neue geosemantische Hilfskonstruktionen imaginiert, die immer abenteuerlicher klingen und ein immer kürzeres politisches Verfallsdatum tragen. Jene Staaten Südosteuropas, die nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien „West-Balkan“ (von Albanien bis Serbien/Montenegro) genannt wurden und im integrationspolitischen Limbo verblieben, erhielten auf dem EU-Gipfeltreffen in Saloniki im Juni 2002 eine wenn auch unbestimmte Beitrittsperspektive. Ausdrücklich keine EU-Beitrittsperspektive besitzen hingegen jene Staaten des östlichen Mittelmeers und der westlichen GUS wie die Ukraine, die Republik Moldau und Belarus und neuerdings auch Georgien, Armenien und Aserbeidschan, die seit 2003/2004 unter dem neuen geosemantischen EU-Label der „Neuen Nachbarschaft“ zusammengefaßt werden. Und nun kämpft die Regierung der Republik Moldau darum, der perspektivlosen „Neuen Nachbarschaft“ der EU zu entfliehen und statt dessen als südosteuropäisches Land anerkannt zu werden. Das Ziel der Regierung in Chişinău ist es, den Anschluß an den für die Westbalkanischen Staaten konzipierten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß (SAP) zu finden – mit EU- Beitrittsperspektive. Rumänien hatte Moldova auf der Gründungskonferenz des Stabilitätspakts für Südosteuropa 1999 auf die südosteuropäische Schiene gesetzt. Und mit Moldova schließt sich der Kreis, den der politische Bedeutungsgehalt Südosteuropas seit dem Ausbruchversuch Rumäniens aus dem Ostblock in den 1960er Jahren durchlaufen hat.

---

<sup>72</sup> So der ehemalige Außenminister Mircea Geoană in einer Presseerklärung vom 27. April 2004.

<sup>73</sup> Deutsche Welle-Radio, 11.3.2004.